

Martin Mändl
Orchideenstr. 6
90530 Wendelstein



An die Marktgemeinde Wendelstein
z.Hd. Herrn 1. Bürgermeister Langhans
Schwabacher Str. 8
90530 Wendelstein

Wendelstein, den 05.11.2021

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beauftragung eines (externen) Rechtsanwaltes zur Vorbereitung von Einwendungen im Raumordnungsverfahren (ROV) zur Errichtung eines ICE Ausbesserungswerkes.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Marktgemeinderats,

hiermit stelle ich im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden Antrag zur nächstmöglichen Sitzung:

Der Gemeinderat beschließt, einen (externen) Rechtsanwalt mit der Vorbereitung von Einwendungen für das geplante ICE Ausbesserungswerk zu beauftragen. Ziel der Beauftragung ist es, die Errichtung des Werkes auf dem Gelände „MUNA-Süd“ und „Harrlach“ zu verhindern, ebenso auf dem Gelände „MUNA NORD“, es sei denn, die DB sichert verbindlich zu, das komplette, momentan eingezäunte Gelände vollständig zu entmunitionieren.

Begründung:

Der Marktgemeinderat hat sich am 20.05.2021 mit den Stimmen aller Anwesenden gegen die Ansiedelung eines ICE Ausbesserungswerkes auf den drei von der Bahn genannten Flächen ausgesprochen. Allenfalls für das Gelände „MUNA NORD“ konnte sich der Rat eine entsprechende Bebauung vorstellen, wenn und soweit das Gelände vollständig entmunitioniert wird. Aktuelle Aussagen der Bahn deuten darauf hin, dass die Bahn mit diesen drei Standorten in das Raumordnungsverfahren starten wird, von einer vollständigen Entmunitionierung ist nicht die Rede. Als Start für das ROV ist Ende 2021 vorgesehen.

Damit drängt einerseits die Zeit, da die Frist für das Vorbringen von Einwendungen maximal 2 Monate betragen wird. Die Gemeinde verfügt mit Herrn Segmüller zwar über einen hochqualifizierten Juristen, jedoch dürfte bereits der zu erwartende Umfang der notwendigen Arbeiten das vorhandene Zeitkontingent überschreiten.

Andererseits ist das Verhindern des Projektes in dieser Form für die Erhaltung der Lebensqualität der Wendelsteiner, insbesondere der Röthenbacher Bürger notwendig. Hinsichtlich der weiteren Argumente sei auf die allseits bekannte Diskussion verwiesen.

Finanzierung:

Die erforderlichen Mittel sind zusätzlich zum Haushalt bereitzustellen. Aus der Erfahrung der Fraktion BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN ist mit einem finanziellen Aufwand von etwa 20.000,- EUR zu rechnen, ggf. sind Obergrenzen mit dem zu beauftragenden Anwalt zu vereinbaren. Es wird angeregt 25.000,- EUR vorzusehen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Martin Mändl